

V-6 8. Mai - Gedenken und Auftrag für ein Europa in Sicherheit, Freiheit und Demokratie

Antragsteller*in: Britta Jacob (KV Berlin-Mitte)
Tagesordnungspunkt: weitere Anträge, die nicht auf dieser LDK
behandelt werden

1 Am 8. Mai 2024 jährt sich der Tag der bedingungslosen Kapitulation des Nazi-
2 Regimes zum 79.

3 Mal. Dieser Sieg der Alliierten über den menschenverachtenden Terror der NS-
4 Diktatur, die

5 sechs Millionen europäische Jüd*innen, sowie Sinti*zze und Rom*nja,

6 Oppositionelle und

zahllose weitere Menschen brutal ermordet und beispielloses Leid über den
Kontinent gebracht

hat, markiert das Ende eines menschenverachtenden Vernichtungskrieges und die
Befreiung

Deutschlands und Europas von einer unfassbaren Schreckensherrschaft.

7 Für diese Befreiung von der mörderischen Tyrannei sind wir den Alliierten
8 zutiefst dankbar.

9 Die Millionen Opfer der NS-Diktatur bleiben für uns eine ewige, blutige Wunde,
10 eine

11 Ermahnung an die Schuld unserer Vorfahren und Verantwortung für uns selbst.

12 Dieses Gedenken

13 ist zugleich ein Auftrag an uns, dafür Sorge zu tragen, dass sich

14 Vernichtungskriege und

15 menschenverachtender Terror nicht wiederholen dürfen. Gewaltherrschaft,
Rassismus,

Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit bekämpfen wir entschieden und
verantwortungsbewusst. Aus diesem Bewusstsein heraus resultiert auch unsere
besondere

Verpflichtung gegenüber allen Völkern und Nachfolgestaaten der Sowjetunion, vor
allem ihren

Bürger*innen, die ein selbstverständliches Anrecht auf Frieden und Freiheit
haben.

16 Durch den Sieg über Nazi-Deutschland hatten wir das Glück, fast 80 Jahre lang in
17 Frieden in

18 weiten Teilen Europas zu leben. Viele von uns mussten nicht am eigenen Leib

erfahren, wie es
ist, vor Bombenhagel, willkürlichen Ermordungen, Vergewaltigung und Folter
fliehen zu
müssen, ständige Angst um das eigene Leben und das der Lieben zu haben. Für viele
von uns im
Westen sowie für Generationen im wiedervereinigten Deutschland war auch das Leben
in
Freiheit eine Normalität - ein großes Privileg der Befreiung.

Der Krieg ist zurück in Europa: Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine

Diese Selbstverständlichkeit des Friedens und der Freiheit in weiten Teilen
Europas ist aber
akut bedroht. Wir erleben heute wieder einen Krieg in Europa. Seit der Besatzung
weiter
Teile Georgiens im Jahr 2008, der darauffolgenden Annexion der Krim und der
Besatzung im
Donbas vor nunmehr über 10 Jahren führt Russland völkerrechtswidrige
Angriffskriege gegen
seine Nachbarn und gegen die europäische Friedensordnung.

Seit der vollumfänglichen Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 sind die
verbrecherischen
Absichten der Putin-Regierung nicht mehr zu leugnen. Täglich wird die ukrainische
zivile
Infrastruktur bombardiert. Zehntausende ukrainische Kinder wurden nach Russland
verschleppt,
ganze Städte dem Erdboden gleichgemacht. Tausende ukrainische Zivilist*innen
werden getötet,
verschleppt und gefoltert. Die russische Armee nutzt auch sexualisierte Gewalt
als Waffe
gegen die Menschen in der Ukraine.

Der umfassende Terror soll den Widerstandswillen der Ukrainer*innen brechen, und
ihren
ungebrochenen Wunsch, Teil des demokratischen Europas zu sein. Das russische
Regime setzt
auf die sinkende politische und militärische Unterstützung der Weltgemeinschaft,
insbesondere der EU und der USA, und darauf, die Ukraine Schritt für Schritt
militärisch zu
unterwerfen. Das darf Russland nicht gelingen. Sonst hat Europa aus dem Zeiten
Weltkrieg
wieder nichts gelernt.

Der Angriff der Hamas auf Israel

Der terroristische Anschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 war der blutigste Angriff auf Jüd*innen seit Gründung des Staates Israel. Er war geprägt von entgrenzter Brutalität und getrieben von dem Ziel, größtmögliches Leid unter der Bevölkerung anzurichten. Auch der Angriff der Hamas zeichnete sich durch schwerste sexuelle Gewalt aus. Hinzu kommen die nicht aufhörenden massiven Raketenangriffe auf Israel von Gaza und aus dem Libanon. Wenn heute, 76 Jahre nach der Staatsgründung Israels und rund 80 Jahre nach dem Holocaust, Jüd*innen in Israel aufs Neue um ihr Leben und ihre Sicherheit fürchten, dann muss Deutschland seine unverbrüchliche Solidarität mit Israel und seinen Bürger*innen deutlich machen. Der Schutz und das Existenzrecht Israels als Heimstätte jüdischer Menschen ist das Leitbild unserer Politik. Ausgangspunkt bleibt unsere Verpflichtung, Israel darin zu unterstützen, seine sichere Existenz zu schützen.

Die Freilassung der israelischen Geiseln und die Beendigung der terroristischen Angriffe durch die Hamas sind unabdingbar. Israel hat das Recht zur Selbstverteidigung und die Verteidigung gegen die Hamas ist grundsätzlich legitim. Wir erkennen das militärische Dilemma an, in dem sich die israelische Armee bei der Bekämpfung der Hamas in einem asymmetrischen Krieg befindet. Gleichzeitig ist auch Israel in seiner Verteidigung humanitärem Völkerrecht verpflichtet und muss mit der nötigen und gebotenen Vorsicht operieren. Wir beobachten mit Sorge, dass die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nahrung und medizinischer Unterstützung nicht die nötige Priorität hat. Mehr Feuerpausen und mehr Hilfsgüter sind dringend nötig. Dabei stehen auch die israelische Regierung und die israelische Armee in der Mitwirkungspflicht.

Dennoch formulieren wir diese Forderungen, Erwartungen und Kritik an Israel und seine Regierung im vollen Bewusstsein der existenziellen Bedrohung Israels, der Komplexität und

der schweren Dilemmata, in denen sich Israel befindet. Zu diesen Komplexitäten gehört auch, dass Hamas sich jeglicher völkerrechtlichen Pflicht verweigert, nicht nur gegenüber Israel, sondern in erster Linie gegenüber der eigenen Bevölkerung, die sie weiterhin rücksichtslos als menschliche Schutzschilde benutzt. Auch diese Strategie der Hamas führt zu vielen zivilen Opfern.

Im Gedenken an den Tag der Befreiung vom 8. Mai 1945 und im Angesicht des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie des terroristischen Angriffs der Hamas auf Israel bekräftigen wir:

1. Wir stehen weiterhin fest an der Seite der Ukrainer*innen. Sie verteidigen mit ihrem mutigen Kampf nicht nur ihr Leben und ihr Land, sondern auch unsere Werte, unsere Freiheit und Sicherheit in Europa und der Welt. Die Ukraine muss mit langfristiger und umfassender finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung dazu befähigt werden, den Krieg gegen Putins Russland zu gewinnen. Nur so können wir Menschen in der Ukraine vor Gewalt, und den europäischen Frieden vor Aggression schützen. Uns ist wichtig, dass Berlin ein Ort bleibt, der Ukrainer*innen Zuflucht und Schutz bietet und sie darin unterstützt, in unserer Stadt anzukommen. Auch für die russische Antikriegsbewegung, freie Zivilgesellschaft und antiimperialistische Opposition wollen wir weiterhin ein gutes und offenes Zuhause sein.
2. Der Schutz und das Existenzrecht Israels sind das Leitbild unserer Nahostpolitik. Die Gewalt in Israel, Gaza und der Westbank wird mittel- und langfristig nur ein Ende finden, wenn es eine kooperative Lösung für die Region gibt. Zwischen Israel und Palästina wird es ohne konsequente Anerkennung der jeweiligen Staatlichkeit und der Interessen der Bevölkerung beider Länder keinen Frieden geben. Trotz unzähliger Hindernisse ist die Zwei-Staaten-Lösung die beste Option für Frieden. Als

- 93 Berliner*innen verpflichten wir uns dem Schutz von Synagogen und der
Sicherheit
jüdischen Lebens in unserer Stadt. Wir setzen uns gegen Antisemitismus in
all seinen
Formen ein und stehen dabei klar an der Seite der Jüd*innen und
Israel*innen in
Berlin. Mitgefühl mit allen Opfern des Krieges in Gaza und eine
entschlossene
Bekämpfung des Antisemitismus und Antizionismus stehen nicht im
Widerspruch
zueinander.
- 94 3. Demokratie passiert nicht von selbst und sie ist kein Selbstzweck. Wir alle
95 haben die
96 Verantwortung dafür, unsere Demokratie im Innern und nach außen zu
97 verteidigen, sie zu
98 achten und zu schützen, mit Leben zu füllen und sie weiterzuentwickeln. Wir
99 können
100 nicht nur passive Nutzer*innen, sondern müssen auch aktive Gestalter*innen
101 der
Demokratie sein. Wir treten entschlossen gegen Rassismus, Rechtsextremismus
und
Faschismus in ihren aktuellen Formen ein. Dazu gehört auch eine klare
Ablehnung der
Ideologie der AfD. Auch dies ist die Folge unserer Lehre aus der Zeit des
Nationalsozialismus.
- 102 4. Nur noch sehr wenige Zeitzeug*innen des Zweiten Weltkriegs und der NS-
103 Diktatur leben
104 unter uns. Es ist unsere Verpflichtung und unser Auftrag, die Erinnerung an
105 die
106 barbarischen Gräueltaten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wach
107 zu halten
108 und die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart aufzuzeigen: Wo
109 Menschen
110 vernichtet und souveräne Staaten von der Landkarte getilgt werden sollen,
111 ist es
unsere Verantwortung, entschieden zu handeln, in der Gegenwart wie in der
Zukunft.
Gerade in Berlin als ehemalige Stätte für ein blühendes jüdisches Leben und
später als
Zentrum der mörderischen NS-Ideologie, werden wir alles tun, damit
Erinnerungskultur
lebendig bleibt und wir neue aktuelle, attraktive und

verantwortungsbewusste Formen
der Erinnerung in unserer vielfältigen Gesellschaft finden.

Unterstützer*innen

Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow), Stefanie Remlinger (KV Berlin-Mitte), Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte), Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte), Lara Liese (KV Berlin-Mitte), Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg), Florian Maaß (KV Berlin-Mitte), Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte), Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte), Andreas Otto (KV Berlin-Pankow), Yasemin Derviscemallioglu (KV Berlin-Mitte), Christopher Schriener (KV Berlin-Mitte), Heike Kähler (KV Berlin-Mitte), Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte), Tjark Rosenau (KV Berlin-Mitte), Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte), Armin Efsharnejat (KV Berlin-Mitte), Rita Koch (KV Berlin-Mitte), Julius Upmeier zu Belzen (KV Berlin-Mitte), Christian Fink (KV Berlin-Mitte), Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow), Mathias Kraatz (KV Berlin-Pankow), Hans-Christian Buhl (KV Berlin-Mitte), Sybille Volkholz (KV Berlin-Mitte), Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Andreas Benens (KV Berlin-Mitte), Marianne Birthler (KV Berlin-Mitte), Christof Rambke (KV Berlin-Kreisfrei), Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Michael Wustmann (KV Berlin-Mitte), Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte), Katrin Schaar (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Herbert Nebel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Til Quadflieg (KV Berlin-Mitte), Dirk Jordan (KV Berlin-Kreisfrei), Walter Otte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Armin Sauer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Benjamin Gögge-Feiersinger (KV Berlin-Lichtenberg), Frank Lehmann (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau), Christopher Schulze Kökelsum (KV Berlin-Mitte), Manfred Herrmann (KV Berlin-Neukölln), Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christopher Pieper (KV Berlin-Mitte), Ella Misselwitz (KV Berlin-Mitte), Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Ulrich Oberdieck (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Ute Reitz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Eckhard Lüth (KV Berlin-Kreisfrei), Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte), Paul Benter (KV Berlin-Mitte), Holger Michel (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Philipp Freisleben (KV Berlin-Spandau), Matthias Kruppa (KV Berlin-Mitte), André Meral (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Jacob Kähler (KV Berlin-Pankow), Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau), Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte), Sönke Lorenz (KV Berlin-Mitte), Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Martin Harder (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Claudio Struck (KV Berlin-Mitte), Uwe Köhne (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Lennart Sydow (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Peter Schrage-Aden (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Gabriela Schatton (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Katharina Hild (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)